Stand und Perspektiven der gewerkschaftlichen Politik

Autor(en): **Canonica, Ezio**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **67 (1975)**

Heft 12

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354772

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Stand und Perspektiven der gewerkschaftlichen Politik

Ezio Canonica

1. Vorbemerkung

Der Tätigkeitsbericht, der diesem Kongress unterbreitet wird, umreisst die Probleme, mit denen sich die Gewerkschaften auseinanderzusetzen hatten und – zu einem Teil – noch immer haben. Im Rahmen dieser Ausführungen will ich versuchen, die uns am stärksten bedrängenden Fragen hervorzuheben und anzudeuten, wie sich der Gewerkschaftsbund ihnen gegenüber verhalten sollte. Ich sage bewusst «sollte», denn meine Darstellung wird – so sehr sie von der Bemühung um eine objektive Beurteilung getragen ist – nicht ganz frei von subjektiven Zügen sein. Es geht mir übrigens auch keineswegs um eine blinde Zustimmung im voraus seitens dieses Kongresses, sondern vielmehr darum, unserer Arbeit Denkanstösse zu liefern und ihr eine Zielrichtung zu geben. So wird denn dieses Referat weniger aufgrund von Zustimmung oder Ablehnung zu beurteilen sein, die es findet, als vielmehr von den Diskussionen her, die es auszulösen vermag.

2. Internationale Lage

Sie ist einerseits gekennzeichnet durch eine politische Entspannung und anderseits durch eine Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze.
Latenten oder lokalen Brandherden zum Trotz herrscht in der Welt Frieden. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dürfte das Ihre zur Sicherung friedlichen Zusammenlebens auf unserem Kontinent beitragen. Auch die Vereinigten Staaten scheinen sich mit ihrer kürzlich erfolgten Umbesetzung höchster Regierungsstellen auf die Entspannung hin auszurichten. Leider dürfte die unglückliche Zionismus-Resolution der UNO die Entspannungspolitik beeinträchtigen.
Anderseits wird die Weltszene ganz offensichtlich von schweren ökonomischen Konflikten beherrscht, die nicht frei von der Gefahr politischer Verwicklungen sind.

2.1. Die Erdölkrise,
die sich zu einer Rohstoffkrise schlechthin auszuweiten droht, stellt eine neue Phase im Prozess der Entkolonialisierung dar, den wir zurzeit erleben. Die Länder, die sich vom imperialistischen Kolonialismus befreit haben, fordern nun ihren Anteil am Wohlstand. Wobei

die Strategie, die von den erdölproduzierenden Staaten zu diesem Zweck entwickelt worden ist, von der Kritik nicht verschont bleiben kann. Und dennoch wird niemand den Rohstoffproduzenten das Recht absprechen, über ihre natürlichen Reichtümer frei zu verfügen und für ihre Bodenschätze einen gerechten Preis zu verlangen.
Die Erdölkrise hat ebenso durchschlagende wie gewaltige Verschiebungen in der Verteilung des Reichtums nach sich gezogen, sie hat die Verletzbarkeit der Industrienationen deutlich werden lassen und das Gefälle zu den rohstoffarmen Ländern der Dritten Welt erhöht.
Keine Entwicklung hat bis heute auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen so einschneidende und weitreichende Auswirkungen gehabt.

2.2. Die Währungskrise

hat einen zusätzlichen Prozess weltweiter wirtschaftlicher Umstrukturierung ausgelöst, deren Ausgang noch keineswegs erkennbar ist. Der Übergang vom System der festen zu jenem der flexiblen Wechselkurse hat zweifellos dazu beigetragen, das Verhältnis der Währungen zueinander besser auf den Grund ihres effektiven Wertes zu stellen. Die damit zusammenhängenden Veränderungen, aber auch die Schwankungen, die das neue Währungssystem mit sich bringt, haben zu massiven Rückschlägen geführt und die wirtschaftliche Stabilität in den einzelnen Ländern weiter unterhöhlt. Die möglich gewordenen Währungsmanipulationen verschärften diesen Zustand der Unsicherheit noch zusätzlich.

2.3. Für Stabilität und internationale Zusammenarbeit

Dieser rudimentäre Aufriss der internationalen Lage lässt erkennen, dass man von einem kalten Krieg, in dem ideologische Gruppen um die Kontrolle politischer Einflusssphären ringen, zu einem kalten Krieg übergegangen ist, in dem wirtschaftliche Gruppen um die Macht über die Rohstoffe kämpfen. Eine Überwindung dieser neuen Konfliktsituation, die wohl andersgeartet, keineswegs aber ungefährlicher ist, setzt voraus: Freier Zugang zu den Rohstoffen, Stabilität der Währungen, Verminderung des wirtschaftlichen Gefälles. *Die gewerkschaftliche Bewegung – und nicht zuletzt unser Gewerkschaftsbund – muss die weltweiten Erfordernisse erkennen, sich für eine internationale Wirtschaftspolitik einzusetzen, die auf Zusammenarbeit ausgerichtet ist, und ihren Beitrag zur Erleichterung des Loses der Dritten Welt leisten.*

3. Lage der Schweiz

Die Lage der Schweiz, wo sich die internationalen Vorgänge getreu widerspiegeln, ist genauso von den wirtschaftlichen Problemen mit

all ihren politisch-sozialen Auswirkungen geprägt. Die Erdölkrise bis zu einem gewissen Grad, vor allem aber die durch sie ausgelöste weltweite Rezession, und in noch höherem Masse die neue Währungssituation haben auch unsere Wirtschaft zutiefst aufgewühlt. Die veränderte konjunkturelle Lage hat zugleich auch strukturelle Unzulänglichkeiten ans Licht gebracht: Sie reichen von der Aufblähung ganzer Wirtschaftszweige (etwa in der Bauwirtschaft und im graphischen Gewerbe) bis hin zu veralteten Technologien (etwa in der Uhrenindustrie). Der wirtschaftliche Rückgang, der seit Herbst 1973 spürbar ist und der inzwischen Züge und Ausmasse einer Krise angenommen hat, hat sich zwar verlangsamt; aber weder ist die Talsohle erreicht, noch sind Anzeichen für eine rasche Überwindung der Rezession erkennbar. Ich will Euch nicht mit Zahlen langweilen. Ich beschränke mich darauf festzuhalten, dass in den letzten zwei Jahren die industrielle Produktion sich um rund 15 Prozent vermindert hat, die Bauwirtschaft um 20 Prozent geschrumpft ist, der Detailhandelsumsatz real um rund 10 Prozent zurückgegangen ist. Was das Bruttosozialprodukt betrifft, das im vergangenen Jahrzehnt eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 3,5 Prozent aufwies, so rechnet man für 1975 mit einer Verminderung um 4 Prozent. In zwei Jahren sind 150000 bis 200000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Ende Oktober zählte man 15756 Ganzarbeitslose und Ende September rund 100000 Teilarbeitslose, die zu einer um durchschnittlich 15 Prozent reduzierten Kurzarbeit gezwungen waren; über 100000 Arbeitslose wanderten ins Ausland zurück; nicht genau zu benennen, aber zweifellos beachtlich ist die Dunkelziffer. Erlaubt mir, an dieser Stelle allen Arbeitslosen – seien sie es nun ganz oder teilweise, seien sie bekannt oder nicht, Schweizer oder Ausländer – unsere Solidarität auszudrücken und ihnen zu versichern, dass wir uns weiterhin für eine Politik der Vollbeschäftigung oder auf jeden Fall für ihre soziale Sicherheit einsetzen werden.

3.1. Verschlechterung des sozialen Klimas

Die wirtschaftliche Rezession ist für viele Arbeitnehmer nicht bloss gleichbedeutend mit Verlust oder Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Zu den Entlassungen wegen Betriebsschliessungen oder Personaleinsparungen kommen ausserdem Lohnkürzungen aller Art oder die Herabsetzung der sozialen Leistungen. Schwerwiegend sind die Folgen, die sich daraus für Kaufkraft und soziale Sicherheit ergeben.

Die finanziellen Engpässe, mit denen die staatlichen Behörden infolge der Rezession konfrontiert sind, wurden durch das unglückliche Ergebnis der Volksabstimmung vom 8. Dezember 1974 noch verschärft. Sie sind durch den Ausgang der nachfolgenden Abstimmung vom 8. Juni 1975 nur teilweise korrigiert worden. Der Bund muss nun versuchen, gleichzeitig mit Programmen zur Belebung

der Konjunktur im ordentlichen Haushalt eine Sparpolitik zu betreiben, die teilweise deflationistische Auswirkungen hat. Die einzelnen Aspekte dieser Politik sprechen für sich: Kürzungen der Investitionsprogramme, Herabsetzung der öffentlichen Beiträge an die Sozialversicherungen, unzureichender Teuerungsausgleich zu Lasten des Personals von Verwaltung und öffentlichem Dienst. Der Gewerkschaftsbund protestiert energisch gegen die Bemühungen seitens der Arbeitgeber und des bürgerlichen Staates, nicht nur die Folgen der Rezession auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, sondern auch die Auswirkungen einer ungezügelten Expansion, der Privatisierung des Profits, der Nichterfüllung steuerlicher Pflichten. In voller Anerkennung der augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Anstrengung nach wie vor: Sicherung der Arbeitsplätze, Erhalten der Kaufkraft der Löhne, Wahrung der sozialen Leistungen.
Ein Arbeitsfriede, der nur kraft eines gesetzlichen Streikverbotes für das öffentliche Personal und eines Missbrauchs der vertraglich vereinbarten absoluten Friedenspflicht durch manche Arbeitgeber aufrechterhalten wird, führt unweigerlich zu einer Anstauung von Unzufriedenheit. Diese kann sich – früher oder später – in schweren Konflikten entladen.

3.2. Für ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Rezession

Unsere Wirtschaftspropheten schieben ihre Zusicherung eines wirtschaftlichen Aufschwungs von sechs Monaten zu sechs Monaten immer wieder hinaus. Untersucht man die Lage ohne jedes Vorurteil, so muss man feststellen, dass im Augenblick noch keine deutlichen Anzeichen für eine Wiederbelebung der Exporte, der Investitionen und des Konsums erkennbar sind.
Aus diesem Grund kämpft der Schweizerische Gewerkschaftsbund in dem gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz veröffentlichten Sofortprogramm für einen grosszügigen öffentlichen Investitionsplan – auch wenn dies eine zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand mit sich bringt. Dieses Sofortprogramm zielt auf die Schaffung sinnvoller Arbeitsmöglichkeiten sowie auf eine Lockerung des Personalstopps bei öffentlichen Diensten und Verwaltung ab. In Verbindung mit Massnahmen zur Erhaltung der Kaufkraft von Löhnen und Renten, zur Verbesserung der Arbeitslosenversicherung und zur Wiederankurbelung des Exportes müsste ein solches Investitionsprogramm mithelfen, die Rezession zu bekämpfen oder zumindest deren Auswirkungen zu mildern – ohne dass, nebenbei bemerkt, die Inflation wieder angeheizt würde, wie es gewisse Kreise befürchten.
Unser Augenmerk hat sich allerdings auf Ziele zu richten, die über die Zeichen dieses pragmatischen, aus dem Gebot der Stunde resultierenden Programms hinausreichen.

3.3. Für eine solidarische Marktwirtschaft und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Unternehmensführung

Es ist eine in jeder Art von Konjunktur und in allen Breitengraden wieder und wieder bestätigte Tatsache, dass die sich selbst überlassene Marktwirtschaft unfähig ist, Störungen zu beheben, die sie in Form von Inflation, Arbeitslosigkeit oder Stagflation selbst verursacht. Die freie Marktwirtschaft ist von Natur aus zyklisch und somit ein Faktor der Instabilität. Das anerkennen übrigens auch die Einsichtigeren unter den Liberalen, die den Begriff einer «sozialen» Marktwirtschaft als Alternative zur «freien» Marktwirtschaft geprägt haben. Ob frei oder sozial: die Marktwirtschaft ist dazu verurteilt, Zyklen zu folgen, und dies solange, als sie sich selbst überlassen bleibt.
Aus dieser Feststellung ergibt sich die Notwendigkeit lenkender Eingriffe und Kontrollen, die – im Interesse des Ganzen – dazu angetan sind, die Stabilität und die harmonische Entfaltung der Wirtschaft zu gewährleisten. Der freien oder sozialen Wirtschaft, oder wie auch immer man sie sonst nennen mag, setzen wir eine solidarische Marktwirtschaft entgegen. Das heisst ein wirtschaftliches System, das den Gesetzen des Marktes weiten Spielraum lässt, das aber bestimmt wird durch die Beteiligung von Staat, Unternehmen und Arbeitnehmern an der Führung der Wirtschaft. Dieses Konzept impliziert zwei grundsätzliche Postulate gewerkschaftlicher Wirtschaftspolitik: der Konjunkturartikel als Instrument der globalen Wirtschaftspolitik, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer als Teil der unternehmerischen Wirtschaftsführung. Über diese beiden Postulate wird in nächster Zukunft eine grundlegende Auseinandersetzung stattfinden müssen.
Konjunkturartikel und Mitbestimmung sind die Eckpfeiler einer Wirtschaftspolitik, die – im Rahmen eines ausgewogenen sozialen Kontextes – darauf angelegt ist, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen, statt die skrupellose Profitgier einer kleinen Gruppe von Privilegierten zu befriedigen.

4. Gegen die antisoziale Offensive

Die Rezession hat die sozialen Mängel unserer Gesellschaft freigelegt; sie hat aber ebenso der antisozialen Reaktion Auftrieb gegeben.

4.1. Der soziale Abbau

Es waren mehr oder weniger dieselben Kreise, die hinter den Kulissen gegen die Einführung einer wirklich sozialen Krankenversicherung intrigiert haben, die dann die Finanzierung der AHV durch die öffentliche Hand eingeschränkt haben und die sich nun anschicken,

die Verwirklichung der Zweiten Säule auf den Sankt-Nimmerleinstag hinauszuschieben. Ohne dass wir dafür einen handfesten Beweis besässen, bezweifeln wir die tatsächliche Bereitschaft gewisser Kreise zur Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, die in der Lage wäre, durch angemessene Mittel Arbeitslosigkeit zu verhindern und jenen, die keine Arbeit haben, eine menschenwürdige Existenz zu garantieren. Der Verfassungsartikel über die neue Arbeitslosenversicherung ist über das erste Hindernis auf der Stufe der Kommissionen hinausgekommen, aber nun wartet er auf den Segen von Parlament und Volk. Bereits bei diesen bevorstehenden Anlässen, vor allem aber, wenn es später um die Ausarbeitung der neuen Gesetze gehen wird, werden wir in aller Deutlichkeit erfahren, ob und wie weit unser Verdacht fundiert war.

4.2. Die Gefahr finanzieller Engpässe

Äusserst gefährlich für die Ziele zukünftiger Sozialpolitik sind jene Anstrengungen, die von den reaktionären Kreisen gerade jetzt unternommen werden, die öffentlichen Budgets ins Gleichgewicht zu bringen, indem sie diese um die sozialen Lasten erleichtern, die sie dann auf die Versicherten oder auf die Benützer der öffentlichen Dienste abwälzen.

Die gleichen Kreise bekämpfen aber auch einen sozialen Ausgleich innerhalb der Sozialversicherung, wie er durch das System unplafonierter lohnprozentualer Beiträge erreicht werden kann.

Auf solch hinterhältige Weise wird dem Staat jene Funktion eines Umverteilers von Einkommen und Reichtum entzogen, die ihm mittels seiner Beteiligung an der Finanzierung der sozialen Einrichtungen und der öffentlichen Dienste zukäme. Man führt damit ein System ein, das sich auf unerschwingliche Prämien und Tarife stützt und das soziale Einrichtungen und öffentlichen Dienst ihres sozialen Gehaltes beraubt und sie damit der Diffamierung ausliefert.

Damit sollen hier öffentlich jene Ränke angeprangert werden, die von der Reaktion in unserem Lande geschmiedet werden. Aber ebenso ist es als Ermahnung an jene Volkskreise zu verstehen, die wohl für eine Sozialpolitik eintreten, dem Staat aber die Mittel, um sie in die Tat umzusetzen, vorenthalten. Genau an die Adresse dieser Kreise wendet sich der treffende und tiefgründige Ausspruch des Kollegen Bundesrat Ritschard, dass «ein armer Staat kein sozialer Staat sein kann».

4.3. Für eine gerechte Steuerreform

An diese Maxime hält sich übrigens die Initiative der Sozialdemokratischen Partei für eine Reichtumsteuer, der der Gewerkschaftsbund seine Unterstützung zugesichert hat. Eine Initiative, die auf eine stärkere Besteuerung der hohen Einkommen und der grossen Vermögen abzielt, aber auch auf eine substantielle Harmonisierung

der kantonalen Steuergesetze und eine schonungslose Bekämpfung der Steuerhinterziehung.
Die Wiederanhebung der Bundessubventionen zugunsten der Sozialversicherungen, der zügige Ausbau der Zweiten Säule und einer neuen Arbeitslosenversicherung, die Einrichtung einer wirklich sozialen Krankenversicherung – das sind die Richtlinien des gewerkschaftlichen Engagements für die nächste Zukunft. Ein Engagement, das allerdings nicht zu trennen ist vom Kampf für eine soziale Steuerreform, der in der sozialdemokratischen Initiative für eine Reichtumsteuer seinen deutlichen Niederschlag gefunden hat.

5. Gegen einen billigen Extremismus von Splittergruppen

In der letzten Zeit haben wir auch in unserem Land ein Wuchern von Versuchen seitens kleinster Gruppen feststellen können, in der Bemühung um Popularität Volksinitiativen zu lancieren, die ihren Schwerpunkt im Aufgabenbereich der Gewerkschaften haben oder deren Tätigkeitsbereich stark tangieren. Wir könnten wohl diesen Kreisen eine dialektische Funktion in der Entwicklung unserer Gesellschaft zugestehen, wenn sich ihre Aktivität auf grundsätzliche Auseinandersetzungen und Anregungen beschränken würde. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund kann allerdings nicht, schon aus prinzipiellen Gründen, irgendwelche fremde Initiativen unterstützen – unabhängig ihrer Zielsetzung. Er würde dabei Gefahr laufen, sich einer Beeinflussung von aussen auszusetzen, einem Druck, der sich bis zur Erpressung ausweiten und einen Keil in die Einheit gewerkschaftlicher Aktion treiben könnte.
Die Ziele, die mit diesen Initiativen angestrebt werden, stehen dabei vielfach nicht zur Diskussion; es wäre denkbar, dass sie sich durchaus im Einklang mit unseren Programmen befänden. Hingegen sprechen wir den Urhebern solcher Initiativen die Legitimation ab, sich an die Stelle der Gewerkschaften zu setzen. Wir bestreiten ihre Fähigkeit, die Anliegen der Arbeitnehmer im Geiste der Solidarität vorantreiben und wichtige Nebenwirkungen ihrer Initiativen lösen zu können.
Sprechende Beispiele in diesem Zusammenhang sind die Volksinitiativen zur Einführung der 40-Stunden-Woche und zur Herabsetzung des Pensionsalters auf 60 Jahre.

5.1. Die Initiative zur Einführung der 40-Stunden-Woche

greift eine grundsätzliche Forderung der Gewerkschaften wieder auf, deren Priorität durch die sich aus Hochkonjunktur und vor allem Überfremdung ergebenden Probleme zurückgestellt wurde. Die Initiative mit ihrer linearen Konzeption würde bei der heute gültigen Regelung mit stark differenzierter Arbeitszeit auf einen Schlag die Verminderung der im Gesetz verankerten wöchentlichen

Arbeitszeit um 6 bis 10 und sogar noch mehr Stunden mit sich bringen. Für den allergrössten Teil der Arbeitnehmer wäre eine Lohnkompensation in der Grössenordnung von 13 bis 20 Prozent nötig, um die sich ergebende Verminderung des Einkommens wettzumachen.
Die Forderung der 40-Stunden-Woche bleibt bestehen, doch sind wir der Ansicht, dass deren Einführung stufenweise, und von der entsprechenden Anpassung der Löhne begleitet, im Rahmen der Gesamtarbeitsverträge zu erfolgen hat. Durch die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen – sofern nötig aufgrund einer von den Gewerkschaften lancierten und vorangetriebenen Initiative – wäre dann die auf der Stufe der Arbeitsverträge eingeleitete Entwicklung im Sinne der allgemeinen Gültigkeit und der gesetzlichen Verankerung der 40-Stunden-Woche zu besiegeln.
In diesem Sinne haben wir mit dem Zentralvorstand der Arbeitgeberorganisationen bereits Fühlung aufgenommen. Über die Ergebnisse dieser Gespräche werden wir berichten, wenn von den diesem Kongress unterbreiteten Vorschlägen zum Thema Arbeitszeit die Rede sein wird.

5.2. Die Initiative zur Herabsetzung des Pensionsalters auf 60 Jahre
verkennt ihrerseits wichtige Aspekte der Problematik der Altersspensionierung. Vor allem wird dabei vergessen, dass auch der ältere Arbeitnehmer, der sich in guter physischer und geistiger Verfassung befindet, einen Anspruch darauf hat, sein Recht auf Arbeit geltend zu machen. In jenen Ländern, in denen sich eine Pensionierung mit 60 Jahren durchgesetzt hat, ist festzustellen, dass viele Arbeitnehmer weiterhin tätig sind und dies auch zu schlechteren Entlöhnungen, die ihnen oft unter dem Vorwand des Rentenbezuges aufgezwungen werden.
Die Ausschaltung der Älteren aus dem Arbeitsprozess mit dem Zweck, Arbeitsplätze freizumachen, stellt eine Diskriminierung dar, die im Widerspruch zum gewerkschaftlichen Grundsatz des Rechts auf Arbeit für alle steht.
Ganz abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen ist weiter festzuhalten, dass die aus einer Pensionierung mit 60 Jahren resultierende finanzielle Mehrbelastung eine Erhöhung der Prämien um – wenn man dabei auch die Zweite Säule berücksichtigt – 7 bis 8 Prozent des Lohnes mit sich bringt – oder aber eine Kürzung der Renten in der Grössenordnung von 40 Prozent.
Die gewerkschaftliche Alternative zielt darauf ab, die Entrichtung angemessener sozialer Leistungen an ältere, nicht mehr arbeitsfähige oder arbeitslose Arbeitnehmer der Invaliden- oder Arbeitslosenversicherung zu übertragen und im Rahmen der Altersversicherung Möglichkeiten zur vorzeitigen Pensionierung zu schaffen.
Die Forderung nach einer flexiblen Altersrente ist zuständigen Ortes

bereits eingebracht worden – deren Erfüllung wird vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund weiterhin unterstützt und vorangetrieben.
Es versteht sich von selbst, dass in diesem ganzen Themenkreis dem Ausbau und der finanziellen Konsolidierung der AHV sowie der Verwirklichung der Zweiten Säule höchste Priorität zukommt. Wir werden Gelegenheit haben, auch darauf näher einzugehen, wenn die dem Kongress unterbreiteten entsprechenden Anträge zur Diskussion stehen werden. *Im Zusammenhang mit diesen Initiativen ist es angebracht, den Arbeitnehmern folgendes in Erinnerung zu rufen: Wenn es stimmt, dass die Utopien von heute die Realitäten von morgen sind, so stimmt es ebenso, dass die Illusionen von heute die Enttäuschungen von morgen sind.*

6. Die Strukturreform des Gewerkschaftsbundes

Erlaubt mir abschliessend, mein Referat mit einigen Gedanken über die Notwendigkeit einer Strukturreform des Gewerkschaftsbundes abzurunden. In die Thematik habt Ihr ja durch die wertvollen in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» veröffentlichten und den Delegierten überreichten Dokumente Einblick erhalten.

6.1. Neue Verhältnisse gewerkschaftlicher Interdependenz

Eine Analyse der gegenwärtigen Lage zeigt auf allen Stufen und in allen Sektoren deutlich auf, dass das Verhältnis nationaler und sektorieller Wechselwirkungen immer enger wird. Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Schwerpunkt der Interessen sich je länger je mehr von einzelnen Sektoren auf die allgemeine Ebene verlagert. Das Verhältnis zwischen grundsätzlichen und peripheren Aspekten ist auch für uns Gewerkschafter völlig umgekrempelt worden. Das heisst, dass – ganz im Gegensatz zu früher – die Priorität den internationalen und interprofessionalen Problemen zukommt, während die Belange der einzelnen Nation oder Berufsgruppe als peripher zu bezeichnen sind. Nach dieser Optik sind die Fragen gewerkschaftlicher Zusammenarbeit und Strukturierung auf internationaler und, um zum Thema zu kommen, auf nationaler Ebene zu beurteilen.

6.2. Für eine schrittweise Reform

Bereits anlässlich des letzten Kongresses in St. Gallen hatte sich die Notwendigkeit einer Strukturreform des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes abgezeichnet.
Persönlich hätte ich gerne eine radikale Umstrukturierung vorangetrieben, bei der die regionalen und lokalen Kartelle dem Gewerkschaftsbund eingegliedert und die Kompetenzen des Gewerkschaftsbundes zu Lasten der Autonomie der Verbände erweitert worden wären.

In der Zwischenzeit habe ich nun feststellen müssen, dass die Geister für einen so grossen Schritt noch nicht reif sind und vor allem, dass auch unter Kollegen die alte Weisheit gültig bleibt: «Wer zuviel will, hat schliesslich nichts.»
Und so habe ich mich denn – auch um den entstandenen guten Willen nicht zu entmutigen – mit dem Gedanken einer allmählichen Reform befreundet, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf die kritischsten Aspekte unserer Struktur beschränkt: Struktur der Verbände, Funktion der Gewerkschaftskartelle, Organe und Kommissionen des Gewerkschaftsbundes, gewerkschaftliche Ausbildung und Information. Das sind die internen Probleme, die dem Kongress vorliegen und die der Kongress wird lösen müssen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, der äusserst bewegten Zeit, die auf uns zukommt, mit einem veralteten und ungenügenden Instrumentarium begegnen zu müssen.

6.3. Die Finanzierung des Gewerkschaftsbundes

Unsere Forderungen sind dazu verurteilt, reine Deklamation zu bleiben, unsere Strukturen – so zeitgemäss sie auch sein mögen – ineffizient, wenn wir uns nicht auf einen personell und materiell den Anforderungen gewachsenen Apparat abstützen können. Und so erlaubt mir denn, den dringenden Appell an Euch zu richten, dafür zu sorgen, dass auch die Finanzen des Gewerkschaftsbundes aus dem Engpass herauskommen, in dem sie sich – gelegentlich unter peniblen und entmutigenden, um nicht zu sagen entwürdigenden Umständen – befinden.
Ich kann meine Ausführungen nicht beenden, ohne vorher einen Dank ausgesprochen zu haben: Er geht an das Sekretariat des SGB für die Bewältigung eines enormen Arbeitspensums, an das Bundeskomitee und an den Gewerkschaftsausschuss für ihr Vertrauen und ihre Unterstützung, an die Arbeitsgruppen für die ausgezeichneten Berichte. Es ist dieses Vertrauen und diese Zusammenarbeit, die – viel mehr als jede Ehrenbezeugung – dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes in der nicht immer angenehmen Ausübung seiner Funktionen Halt und Stütze sind.

7. Schlussbemerkung

Ich glaube, mit diesen Ausführungen die Probleme, mit denen sich dieser Kongress auseinanderzusetzen hat, aufgezeigt und die Richtung, in der die Lösungen zu suchen sind, angedeutet zu haben. Es ist nun an Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aufgrund Eurer Diskussionen jene Entscheide zu treffen, die sich aufdrängen und die Ihr als opportun betrachtet. Es wird dann Aufgabe der Organe des Gewerkschaftsbundes, der Kartelle und der angeschlossenen Verbände sein, in ihrer täglichen Arbeit die Entschlüsse, die hier gefasst worden sind, in die Tat umzusetzen.

Trotz konjunkturellen Schwierigkeiten, reaktionären Anwandlungen, extremistischer Demagogie weist die gewerkschaftliche Bewegung in unserem Lande einen erfreulichen Aufschwung auf, welchem die verbesserten politischen Machtverhältnisse – als Ergebnis der kürzlich erfolgten Parlamentswahlen – sicher teilweise zuzuschreiben sind.
Die Entschlossenheit unseres Willens, getragen von der Kraft unserer Solidarität, bieten den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unseres Landes Gewähr für neuen materiellen Fortschritt und weitere menschliche Entfaltung.